

HAUHALT

Berlin steht vor der nächsten Sparrunde

Samstag, 3. Juli 2010 23:42

Andere Städte und Landesregierungen streichen Ausgaben, der Senat nicht. Doch es fehlen Hunderte Millionen. Der Druck auf Finanzsenator Ulrich Nußbaum nimmt zu, die Haushaltssanierung wieder ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Wenn Jochen Esser sich in seinem Büro unter dem Dach des Abgeordnetenhauses über die Tabellen und Kurven beugt, die Berlins Einnahmen und Ausgaben in den kommenden Jahren abbilden, dann packt den erfahrenen Finanzpolitiker der Grünen der Zorn. Der Abgeordnete blickt in große Haushaltslöcher und befürchtet, im Fall einer Regierungsbeteiligung der zurzeit starken Grünen nach 2011 diese irgendwie ausgleichen zu dürfen. „Die tun einfach nichts“, ärgert sich Esser und meint damit die rot-rote Regierungskoalition.

Wenige Kilometer entfernt von Jochen Essers Abgeordnetenbüro sitzt Finanzsenator Ulrich Nußbaum, ebenfalls unter dem Dach seines Dienstgebäudes, und grübelt über die gleichen Zahlen nach wie der Grüne. Der Druck nimmt zu, auch in Berlin, die Haushaltssanierung wieder ernsthaft in Angriff zu nehmen. „Es kann ja nicht sein, dass die ganze Republik spart und nur wir in Berlin sagen, bis 2012 passiert nichts“, sagt der Grünen-Haushälter Jochen Esser.

STREIT IN DER PROVINZ

Ein sicheres Indiz für diese Stimmung erhielt Berlins parteiloser Finanzsenator Nußbaum in diesen Tagen. Er ärgerte sich über einen Zeitungsartikel. „Berlin, Berlin, wir zahlen nach Berlin“ war die Seite 3 der „Süddeutschen Zeitung“ überschrieben. Etwas vereinfacht ging es darum, dass wackere Kämmerer in Orten wie in Burgkirchen an der Alz und anderswo ihre Eishallen und Schwimmbäder schließen, während die subventionsgemästete Stadt weiter in Saus und Braus lebe.

„Ich lehne es ab, das Land Berlin mit einer Kommune in Bayern zu vergleichen“, zürnt Nußbaum. Aber auch der Senator weiß: Anders als die Bundesregierung, die meisten anderen Bundesländer und viele Kommunen hat Berlin eigentlich keine Not, jetzt Entscheidungen vorzubereiten. Es gibt für die Jahre 2010 und 2011 einen Doppelhaushalt, beschlossen 2009, als es noch angeraten erschien, die Ausgaben der öffentlichen Hände hochzufahren, um der drohenden Weltwirtschaftskrise entgegenzusteuern.

Nicht nur Jochen Esser in seiner Angst vor leeren Kassen hält es nun für dringend geboten, schon vor dem Auslaufen des Doppelhaushaltes aktiv zu werden. Denn das Defizit von 2,8 Milliarden Euro in 2010 und die prognostizierten 2,7 Milliarden in 2011 seien nur zu einem Drittel dem konjunkturellen Einbruch infolge der Wirtschaftskrise geschuldet. Die anderen zwei Drittel seien auf strukturelle Probleme im Haushalt zurückzuführen.

Rot-Rot habe in seiner zweiten Legislaturperiode einfach zu viel Geld ausgegeben. Dabei müsse Berlin angesichts der wachsenden Ausgaben für Sozialtransfers und der politisch gewünschten Mehrausgaben unter anderem für KITAS und Wissenschaft in anderen Bereichen die Ausgaben herunterfahren. „Wir müssen in den kommenden Jahren mit dem auskommen, was wir heute haben“, mahnt Esser. Um das zu schaffen, muss die Stadt nach seinen Berechnungen rund 250 Millionen Euro aus dem Etat für 2011 herausstreichen.

SPARPOTENZIAL IN DER VERWALTUNG

Seine Partei arbeitet an einem Konsolidierungsplan. 150 Millionen wollen die Grünen aus den einzelnen Haushaltsposten zusammensammeln. Um die restlichen 100 Millionen an Einsparungen zu erbringen, haben die Grünen ein kritisches Auge auf die Verwaltung geworfen. Hier hat nicht nur der Potsdamer Verwaltungswissenschaftler Tino Schuppan großes Einsparpotenzial entdeckt. Bis zu 20 Prozent ließen sich nach Schuppans Berechnungen die Kosten drücken, wenn Personaldienstleistungen wie Lohnbuchhaltung nicht mehr in jeder Dienststelle, sondern

gemeinsam für alle Behörden erledigt würden. Berlins Finanzsenator weiß, dass der Grüne Esser in der Problembeschreibung recht hat. Beide sind sich einig, dass Berlin bei seinem Einnahmenniveau dauerhaft nicht viel mehr als jene 22 Milliarden Euro ausgeben darf, die heute einen Jahresetat ausmachen. Sonst verfehlt die Hauptstadt die Vorgabe der neuen Schuldenbremse aus dem Grundgesetz, vom Jahr 2020 an ohne neue Kredite auszukommen. Im Herbst will Nußbaum mit der Finanzplanung die Schritte aufzeigen, mit denen das Etatdefizit abgebaut werden soll. „Im November kommt der Tag der Wahrheit“, sagt er. Bis dahin werde man auch entscheiden, ob für 2011, wie von der Opposition gefordert, ein Nachtragshaushalt aufgestellt wird, oder ob die mindestens 160 Millionen Euro, die Nußbaum wegen der Steuereinbrüche auf der Einnahmeseite fehlen, im laufenden Haushaltsvollzug eingespart werden.

Ulrich Nußbaum weist Vorwürfe zurück, die Hauptstadt werde 2011 die Latte reißen, die der Stabilitätsrat des Bundesfinanzministers und der Länder für die Haushaltsnotlagenländer Schleswig-Holstein, Bremen, Saarland und Berlin aufgelegt hat. Die vier ärmsten Länder bekommen Sanierungshilfen des Bundes, allein Berlin rund 80 Millionen Euro im Jahr. Die Länder haben sich im Gegenzug verpflichtet, jährlich Fortschritte bei bestimmten Kennziffern zu erreichen. Zwar war Rot-Rot gegen die Schuldenbremse, wird es sich aber kaum leisten können, diese Vorschrift aus der Verfassung zu ignorieren.

Die große Unsicherheit für Kenner der finanzpolitischen Realitäten liegt darin, ob viele Politiker der Regierungskoalition mitziehen. Es sei ihm „schleierhaft“, sagt der Grüne Esser, wie die Herren Wowereit, Nußbaum und Wolf ihrer widerspenstigen Koalition nach dem Ausgabenanstieg in dieser Legislaturperiode den Kurswechsel schmackhaft machen wollen.

DEFIZIT AUF NULL BRINGEN

Die Gescholtenen wehren sich. „Sparappelle kommen immer von denen, die selbst keine konkreten Vorschläge machen“, kontert die finanzpolitische Sprecherin der Linken, Jutta Matuschek. Sie betont die Verantwortung des Bundes, die Kommunen und Länder finanziell besser auszustatten. Die Koalition sei sich einig, beim Sparen das soziale Gefüge nicht totzumachen. Noch bleibt Nußbaum sehr allgemein, wenn es darum geht, wo er den Rotstift ansetzen oder die Einnahmen über Tarife und Gebühren steigern will. „Personal, Investitionen, sonstige Ausgaben“; überall müsse das Niveau sinken, wenn das Defizit von noch 2,7 Milliarden Euro in weniger als zehn Jahren auf null gebracht werden soll. Der Ex-Unternehmer klingt wie eine Kopie des Amtsvorgängers Sarrazin. Man könne sich zwar eine bessere Ausstattung etwa für Kitas oder für Kultur leisten. Aber man könne eben nicht überall mehr Geld ausgeben als die anderen Stadtstaaten.

Es bedarf wenig Fantasie, um zu ermessen, was das bedeutet: Der Personalabbau geht weiter, Investitionen wie für die Sanierung des ICC oder der Charité werden aufgeschoben, der Ausbau des Tempelhofer Feldes wird abgespeckt. Auch über die Sozialausgaben, die über freie Träger fließen, wird geredet werden müssen. Und langfristig könnten auch das engmaschige Netz der BVG und die Gebühren und Tarife für städtische Dienstleistungen zur Debatte stehen.

Nußbaum verweist darauf, dass sich der Wind gedreht habe: Seit der Euro als Währung durch übermäßige Schulden in Gefahr geraten sei, seien solide Haushalte wieder ein politisches Gewinnerthema. Aber Nußbaum weiß auch, dass die Diskussion 2020 nicht beendet sein dürfte: 2019 läuft der Länderfinanzausgleich aus. Es ist kaum zu erwarten, dass die reichen Länder weiter geneigt sein werden, Milliarden nach Berlin zu überweisen.

Erschienen am 03.07.2010

MEHR ZUM THEMA

MORGENPOST ONLINE

- [Berlin kann auf Millionen-Grundstücke hoffen](#)
- [Senatspläne für Investitionsfonds gestoppt](#)
- [Zehn Millionen Euro für Rot-Rot](#)

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN



VERMISST

Jugendrichterin Kirsten Heisig tot aufgefunden

Die bundesweit bekannte Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig ist tot. Polizisten entdeckten ihre... [mehr »](#)



ANZEIGE

Sicherheitssoftware im Test. Lesen Sie mehr auf...

KASPERSKY - noch einfacher zu bedienen, viele neue Funktionen, schränkt die Systemleistung des PCs noch... [mehr »](#)



ARZT DIETER K.

Fall Kalinka wird nach 28 Jahren neu aufgerollt

Der mutmaßliche Mörder der 14-jährigen Kalinka soll vor Gericht kommen. Ihr Vater hatte den Arzt... [mehr »](#)



SPITZENSTEUERSATZ

50 Prozent Steuer? Wir sind dann mal weg...

Die Politiker diskutieren über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Das könnte die staatlichen... [mehr »](#)

 powered by plista

THEMEN-ALARM



Mit dem Themen-Alarm sind Sie immer aktuell informiert.

Sie interessieren sich für dieses oder ein anderes Thema und wollen keinen Artikel bei der Morgenpost dazu verpassen?

[Themen-Alarm Funktionen](#)

[Themen-Alarm aktivieren](#)